

Brenke, Karl

**Article**

## Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Brenke, Karl (2012) : Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 5, pp. 3-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/58084>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie

Von Karl Brenke

Griechenland hat lange Zeit über seine Verhältnisse gelebt und sich im Ausland verschuldet. Die hohe Staatsschuld ist nur ein Ausdruck der Probleme, die eigentliche Ursache ist die unzureichende Wirtschaftskraft. Die vorrangige politische Aufgabe besteht darin, die wirtschaftliche Substanz – insbesondere die Exportbasis – so weit zu stärken, dass künftig die Leistungsbilanz mindestens ausgeglichen wird. Dazu braucht Griechenland eine Wachstumsstrategie, vor allem eine nachholende Industrialisierung.

Bisher sorgt vor allem der Tourismus für Einnahmen im Wirtschaftsaustausch mit dem Ausland. Diese Säule ist aber längst nicht hinreichend; zwar gibt es Wachstumschancen im Fremdenverkehr im Süden Europas, sie sollten aber nicht überschätzt werden. Die industrielle Basis Griechenlands ist hingegen nur klein und deshalb in starkem Maße auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Deren Produktionsstruktur und die Außenhandelsverflechtung bei Waren zeigen, dass die griechische Wirtschaft kaum in Konkurrenz zu der entwickelter Industriestaaten steht. Entsprechend hat, wie mitunter behauptet wird, die schwache Lohnentwicklung in Deutschland die griechische Wirtschaft auch nicht nennenswert unter Druck setzen können. Das verarbeitende Gewerbe sowie weite Teile der Wirtschaft sind in einem sehr starken Maße durch kleingewerbliche Produktionen geprägt. Insgesamt kommt in Griechenland bereits auf zwei Arbeitnehmer ein Selbständiger; die Beschäftigungsstruktur entspricht der eines Transformationslandes.

Offiziell wurde zwar kein Staatsbankrott erklärt, aber faktisch ist der griechische Staat pleite und hat keinerlei Möglichkeiten, sich auf dem Kapitalmarkt zu refinanzieren. Im Jahr 2010 erreichte die aufgelaufene Schuld des Staates (einschließlich Sozialversicherungen) knapp 329 Milliarden Euro; der Betrag entspricht 145 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>1</sup> Im vergangenen Jahr ist die Verschuldung kräftig weiter gewachsen; aktuell wird von der griechischen Regierung die Neuverschuldung für 2011 auf 21,6 Milliarden Euro geschätzt, was knapp zehn Prozent der Wirtschaftsleistung sind.<sup>2</sup>

Ob ein Bankrott eintritt, hängt allerdings nicht von der Höhe der Schulden, sondern von der Vertrauenswürdigkeit und der Zahlungsfähigkeit des Schuldners ab. So kommt Japan auf einen weit höheren Schuldenstand als Griechenland (auf einen Betrag von etwa 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), kann aber trotzdem zusätzliche Schulden und auslaufende Kredite zu sehr niedrigen Zinssätzen finanzieren – und das selbst nach dem schweren Erdbeben, das eine Verringerung der Steuereinnahmen und höhere Ausgaben des Staates zur Schadensbeseitigung zur Folge hatte.<sup>3</sup> Die Gläubiger, bei denen es sich zum allergrößten Teil um japanische Staatsbürger handelt, schreiben folglich dem Schuldner eine uneingeschränkt hohe Bonität zu.<sup>4</sup> Die Kreditgeber vertrauen also darauf, dass der Staat ihnen die laufenden Zinsen zahlt und seine Schuld zum vereinbarten Termin begleicht.

Ganz anders sieht es im Falle Griechenlands aus. Als im Herbst 2009 deutlich wurde, dass die Staatsverschuldung viel höher war als bisher angegeben, zogen die Renditen auf griechische Staatsanleihen stark an.

<sup>1</sup> Statistisches Amt Griechenlands, Presseerklärung vom 27. Oktober 2011, vorläufige Daten.

<sup>2</sup> Finanzministerium Griechenlands, Presseerklärung vom 12. Januar 2012.

<sup>3</sup> Zur Zeit des Erdbebens lag die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen Japans bei etwa 1,3 Prozent, aktuell ist es ein Prozent.

<sup>4</sup> Lam, W. R., Tokuda, K. (2001): Assessing the Risks to the Japanese Government Bond (JGB) Market. IMF Working Paper Nr. 292.

Ab dem Frühjahr 2010 eskalierten die Finanzierungsprobleme. Anders als von der Politik behauptet, war die Entwicklung nicht auf Spekulationen auf den Finanzmärkten zurückzuführen, sondern auf den Verlust des Anlegervertrauens in die Zahlungsfähigkeit Griechenlands.<sup>5</sup> Selbst die von den anderen Eurostaaten und dem internationalen Währungsfonds bereitgestellten Hilfen konnten nur für eine kurzfristige Minderung der hohen Zinssätze sorgen. Auch die Anleihenkäufe der EZB erzielten keine nachhaltige Wirkung. Und die von der Politik im Mai 2010 bei der Vorstellung des ersten Rettungsschirms verbreitete Hoffnung, dass sich Griechenland alsbald selbst wieder auf den Anleihenmärkten refinanzieren kann, erfüllte sich nicht. Auch deshalb verabschiedeten die Euro-Länder im Juli 2011 ein zweites Rettungspaket. Weil die damaligen Beschlüsse als unzureichend angesehen wurden, kam es im Oktober 2011 zu weitergehenden. Aktuell verhandeln Finanzinstitute und die griechische Regierung über die Ausgestaltung eines Schuldenschnitts, mit dem die privaten Gläubiger „freiwillig“ auf mindestens die Hälfte ihrer Forderungen verzichten sollen.<sup>6</sup> Dadurch könnte die Staatsschuld um etwa 100 Milliarden Euro reduziert werden. Der weitaus größte Teil der verbleibenden Forderungen würde dann auf internationale Institutionen und somit indirekt auf andere Staaten entfallen. Dieser Anteil wird weiter wachsen, denn bis 2014 soll Griechenland weitere Hilfen in Höhe von 100 Milliarden Euro erhalten. Hinzu kommen wohl 30 Milliarden Euro für die Absicherung der privaten Gläubiger beim geplanten Schuldenschnitt.<sup>7</sup> Aktuell ist sogar eine Gesamtsumme an Hilfen von 145 Milliarden Euro im Gespräch. Selbst dann, wenn die im Rahmen der jüngsten Rettungsmaßnahmen aufgestellten Prognosen eintreffen würden, wird für das Land im Jahr 2020 immer noch eine Schuldenlast in Höhe von 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet.

### Verlorenes Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Auf der politischen Ebene der EU wie der Bundesrepublik werden die Finanzierungsprobleme Griechenlands wie einiger anderer Staaten der Eurozone als eine Staatsschuldenkrise verstanden. Wenn dem so wäre, müsste beispielsweise Japan aber schon längst zahlungsunfähig sein. Offenbar wird diesem Land ein hinreichendes

wirtschaftliches Potential zugeschrieben, um den Schuldendienst zu leisten. Das ist insofern nicht erstaunlich, weil Japan bis 2011 stetig Überschüsse im Außenhandel erzielte und deshalb nicht auf Kapital aus dem Ausland angewiesen war. Griechenlands Leistungsfähigkeit wird dagegen von den potentiellen Geldgebern als unzureichend angesehen. Es handelt sich also nicht in erster Linie um eine Staatsschuldenkrise, sondern darum, dass die Wirtschaftskraft als so schwach eingeschätzt wird, dass das Land seine Schulden nicht tragen kann.

Lösungsvorschläge, die allein darauf zielen, dass Länder wie Griechenland ihre öffentlichen Ausgaben reduzieren und ihre staatlichen Einnahmen erhöhen, greifen deshalb zu kurz. Sie können sogar bewirken, dass das Ziel – die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – verfehlt wird. Wie die Erfahrungen mit den bereits eingeleiteten staatlichen Sparmaßnahmen in Griechenland zeigen, haben sie erhebliche negative Rückwirkungen auf den Wirtschaftskreislauf und ziehen verringerte Einnahmen und erhöhte Ausgaben des Staatssektors, etwa für Sozialleistungen, nach sich. So hat sich im Jahr 2011 die Lage der öffentlichen Haushalte wieder verschlechtert.<sup>8</sup> Zu einer Stärkung der Wirtschaftsbasis kann eine Austeritätspolitik überhaupt nicht beitragen – im Gegenteil.

Erstaunlicherweise wird in der Debatte um die Eurokrise dieser Aspekt weitgehend ausgeblendet, und abgesehen von einigen ökonomisch abenteuerlichen Ideen<sup>9</sup> werden lediglich nicht näher beschriebene Strukturreformen<sup>10</sup> als nötig angesehen, um die wirtschaftliche Basis zu stärken. Oder es wird gefordert, dass die europäischen Mittel der Strukturfonds und Sondermittel auf Krisenländer wie Griechenland konzentriert werden<sup>11</sup> – um welche es sich dabei handelt, was damit bewirkt werden soll und wie sich die anderen Zuwendungsempfänger dazu verhalten werden, bleibt unklar.

<sup>8</sup> International Monetary Fund (2011): Greece: Fifth Review Under the Stand-By Arrangement, Rephasing and Request for Waivers of Nonobservance of Performance Criteria; Press Release on the Executive. IMF Country Report Nr. 11/351, 7 f. Board Discussion and Statement by the Executive Director for Greece.

<sup>9</sup> Ein Beispiel dafür ist das vom griechischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel vorgeschlagene Projekt „Helios“, das auch von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt wird (Drucksache 17/7098 des Deutschen Bundestags). Dabei soll die Solarstromerzeugung in Griechenland ausgebaut werden, die allerdings auch dort nicht ohne Subventionen auskommt. Das zeigen die Beispiele Italiens und Spaniens, wo der Ausbau der Stromerzeugung durch Solaranlagen nicht ohne Förderung auskam. Für die hohe Subventionierung laufender Produktionen kann Griechenland keine Mittel einsetzen.

<sup>10</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): Verantwortung für Europa wahrnehmen. Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden.

<sup>11</sup> Horn, G.A., Lindner, F., Niechoj, T. (2011): Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum. IMK-Report Nr. 63, 16.

<sup>5</sup> Argyroua, M.G., Ktonikasb, A. (2011): The EMU sovereign-debt crisis: Fundamentals, expectations and contagion. European Economy, Economic Papers Nr. 436.

<sup>6</sup> Auf dem Euro-Gipfel vom 26.10.2011 erklärten sich Vertreter der Banken grundsätzlich bereit, auf etwa die Hälfte ihrer Forderungen zu verzichten. Die bei den entsprechenden Verhandlungen vertretenen Banken repräsentieren indes nicht alle privaten Gläubiger.

<sup>7</sup> Beschluss des Europäischen Rats vom Oktober 2011, Brüssel 26.11.2011.

Im Folgenden werden die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Dekade umrissen und grundlegende Strukturen der griechischen Wirtschaft skizziert, um so Schwachstellen aufzudecken und um Hinweise zu finden, ob es unter den gegebenen Rahmenbedingungen überhaupt Ansatzpunkte für eine deutliche Stärkung der wirtschaftlichen Basis auf absehbare Zeit gibt. Verwendet werden vor allem Statistiken aus der Datenbank von Eurostat – und dabei Informationen so zeitnah wie sie verfügbar sind.<sup>12</sup> Es geht um eine Bestandsaufnahme, nicht um die Entwicklung wirtschaftspolitischer Konzepte.

### Geringe Pro-Kopf-Leistung

Im Jahr 2001 ist Griechenland der Eurozone beigetreten. Der Staat hat 11,3 Millionen Einwohner – etwas mehr als Baden-Württemberg (10,7 Millionen). Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung belief sich 2010 auf 20 100 Euro, 2008 – also vor dem Ausbruch der Krise – waren es 20 700 Euro. Das ist weniger als in Mecklenburg-Vorpommern (2010: 21 700), dem wirtschaftlich leistungsschwächsten deutschen Bundesland. Bei der Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigen schneidet Griechenland besser ab und lag 2010 mit etwa 48 000 Euro über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (46 000 Euro), aber deutlich hinter Westdeutschland (57 400 Euro) zurück. Die Erwerbsbeteiligung ist entsprechend relativ gering: Unter den Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren kam Griechenland 2010 auf eine Quote von knapp 60 Prozent, in der gesamten EU wie in Deutschland waren es 77 Prozent (Westdeutschland: 76 Prozent; Ostdeutschland: 80 Prozent).<sup>13</sup>

### Der Weg in die Krise ...

Im vergangenen Jahrzehnt stieg die Wirtschaftsleistung in Griechenland kräftig an. Von 2000 bis 2008 legte laut Eurostat das reale Bruttoinlandsprodukt um insgesamt knapp ein Drittel zu, in der gesamten EU belief sich das Wachstum auf ein Sechstel und in der Eurozone auf ein Siebtel. In den Jahren 2009 und 2010 ging die preisbereinigte Wertschöpfung indes um reichlich 3,3 und 3,5 Prozent zurück. Für das Jahr 2011 ist ein Mi-

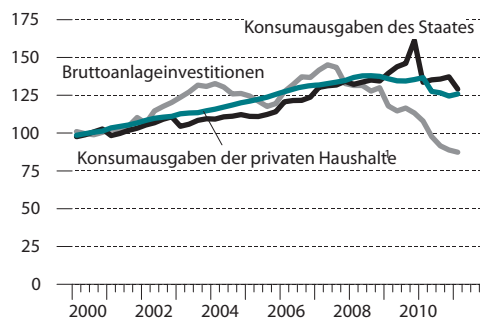
<sup>12</sup> Insbesondere im Falle Griechenlands ist ein Teil der vorgelegten Daten mit dem Vermerk versehen, dass sie auf Schätzungen beruhen oder dass die Angaben als vorläufig anzusehen sind. Es besteht also noch Unsicherheit über die Zuverlässigkeit mancher Informationen. Naturgemäß wird von der amtlichen Statistik die Schattenökonomie völlig unzureichend erfasst. Sie ist in Griechenland wohl viel stärker als in den meisten europäischen Ländern ausgeprägt. Schneider, F. (2010): Size and Development of the Shadow Economy of 31 European Countries from 2003 to 2010. Als Manuskript veröffentlicht, [www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/LatestResearch2010/ShadEcEurope31\\_Sept2010\\_RevisedVersion.pdf](http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/LatestResearch2010/ShadEcEurope31_Sept2010_RevisedVersion.pdf).

<sup>13</sup> Quelle der Daten für Griechenland: Eurostat, für die deutschen Bundesländer: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder sowie der Mikrozensus für die Erwerbsbeteiligung.

Abbildung 1

### Konsum und Investitionen in Griechenland

Index 2000 = 100, verkettete Volumina



<sup>1</sup> Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

### Rasante Zuwächse gab es beim Konsum bis zur Krise.

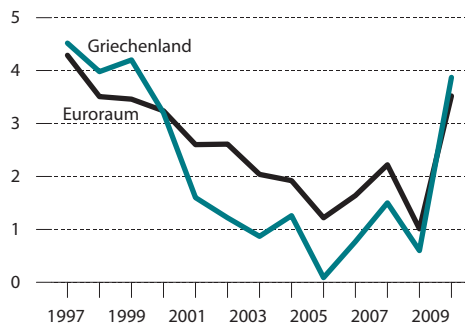
nus von 5,5 Prozent zu erwarten. Die ab Anfang 2009 einsetzende Talfahrt war zunächst Folge der weltweit spürbaren Finanzkrise, dann kamen verschärfend die spezifischen Probleme Griechenlands hinzu.

Kräftig und stetig nahm bis 2008 der private Konsum zu, danach ließ er stark nach (Abbildung 1). Ähnlich verlief die Entwicklung beim Staatsverbrauch: Hier kam es aber erst ab Anfang 2010 zu einem Einbruch – nachdem sich im Jahr zuvor die Expansion sogar noch beschleunigt hatte. Vor der Offenlegung der tatsächlichen Haushaltsmisere wurden sichtlich die Ausgaben noch stark ausgeweitet. Die Investitionen stiegen bis Anfang 2004 stärker als die Wirtschaftsleistung, was nicht zuletzt an den Ausgaben für die olympischen Spiele gelegen haben dürfte.<sup>14</sup> Danach kam es trotz guter Konjunktur zu einer nachlassenden Investitionstätigkeit, die sich ab dem Sommer 2005 erholte, aber schon zwei Jahre später wieder abkühlte. Angetrieben wurde die Entwicklung durch Zinssätze, die angesichts einer Teuerung, die bis 2008 über drei Prozent lag, sehr gering waren – und sich real (gemessen am Verbraucherpreisindex und der Renditen für zehnjährige Staatsanleihen) zeitweilig nahe null bewegten (Abbildung 2).

<sup>14</sup> Die Gesamtkosten der olympischen Spiele von 2004 in Athen und anderen Austragungsorten beliefen sich auf knapp neun Milliarden Euro, so die Angaben des früheren griechischen Finanzministers Giorgos Alogoskoufis, die von der griechischen Botschaft in Deutschland genannt wurden. Wie viel davon auf Investitionen entfällt, ist nicht bekannt – es dürfte aber aufgrund der Erfahrungen vergleichbarer Sportgroßereignisse der allergrößte Teil sein. Zum Vergleich: Im Jahr 2003 beliefen sich die gesamten Bruttoanlageinvestitionen Griechenlands auf 40 Milliarden Euro.

Abbildung 2

**Realzinsen<sup>1</sup> in Griechenland und im Euroraum**  
In Prozent



<sup>1</sup> Rendite zehnjähriger Staatsanleihen abzüglich der Preissteigerung nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex.  
Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Realzinsen lagen in Griechenland zeitweilig bei null.

**... führte über massive Defizite im Außenhandel**

Mit der vor allem konsumgetriebenen Expansion ging ein enormer Anstieg der Warenimporte einher (Abbildung 3). Zwar zogen auch die Warenexporte von einem viel niedrigeren Niveau ausgehend an, deren Wachstum blieb aber deutlich hinter dem der Einfuhren zurück. Mit dem Nachlassen des Verbrauchs setzte dann bei den Warenimporten ein kräftiger Abschwung ein, der wegen der immer mehr schrumpfenden Binnennachfrage bis zuletzt anhielt. Auch die Exporte ließen zeitweilig nach – aber vergleichsweise wenig. Ab Ende 2009 bis zum ersten Vierteljahr 2011, dem Quartal, für das gegenwärtig die zeitnahesten Ergebnisse vorliegen, haben sie sich in etwa stabilisiert.

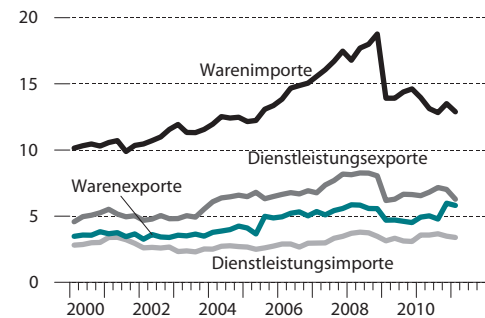
Bei den Dienstleistungen zeigt sich ein gegensätzliches Muster. Hier konnten bis ins Jahr 2008 hinein die Exporte stärker als die Importe zulegen, danach machte sich auch hier die Finanzkrise dämpfend bemerkbar. Beim Export von Dienstleistungen, die größer sind als die Warenausfuhren, handelt es sich vor allem um Leistungen der Tourismuswirtschaft in Griechenland, denn Gäste aus dem Ausland bringen Geld ins Land. Ab Ende 2009 stagnierten dann sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren. Beim Dienstleistungshandel sind also bisher keine starken Folgen der Krise in Griechenland zu sehen.

Im Austausch von Dienstleistungen konnte Griechenland dank seiner Tourismusindustrie im gesamten ver-

Abbildung 3

**Außenhandel Griechenlands**

In Milliarden Euro in jeweiligen Preisen



Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Bis zur Krise wuchsen die Warenimporte stark.

gangenen Jahrzehnt einen Überschuss verzeichnen, er reichte aber bei Weitem nicht aus, um den riesigen Fehlbetrag im Handel mit Waren auszugleichen. In der Zeit von 2000 bis 2010 betrug das Außenhandelsdefizit bei Waren und Diensten zusammengenommen nach den Daten von Eurostat im Schnitt ein Achtel des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2008, also vor der Krise, war es sogar ein Siebtel. Inzwischen sinkt das Defizit wegen der starken Rückgänge bei den Warenimporten; im ersten Quartal 2011 belief sich das Außenhandelsdefizit noch auf acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Spiegelbild der hohen Außenhandelsdefizite war und ist eine hohe Konsumquote – also der Anteil des privaten und des staatlichen Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt. In der gesamten letzten Dekade lag sie bei etwa 90 Prozent. Auf so einen hohen Wert kam kein anderes Land der EU: Alle Staaten der Gemeinschaft erreichten, zuletzt etwas ansteigend, knapp 80 Prozent. Die Länder der Eurozone lagen etwas unter diesem Wert.

**Stärkung der Exportbasis erforderlich**

Um aus der Krise herauszukommen, bietet sich vor allem der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an. Eine Strategie, die auf Importsubstitution, also den Ersatz von Einfuhren durch eigene Produktion, setzt, kann dabei allenfalls punktuell erfolgreich sein. Die Erfahrungen mit solchen Entwicklungskonzepten, wie sie etwa in Südamerika in der Zeit von 1930 bis 1980 versucht wurden, sind aus unterschiedlichen, hier nicht zu diskutierenden Grün-

den, enttäuschend.<sup>15</sup> Im Falle Griechenlands sind die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Strategie (insbesondere eine eigenständige Geld- und Außenhandelspolitik) nicht gegeben. Überdies ist das Konzept angesichts zunehmender internationaler Arbeitsteilung fraglich geworden.<sup>16</sup> Es bleibt daher nur eine Stärkung der Exportbasis.

Das Ausmaß der Exporttätigkeit und -fähigkeit einer Volkswirtschaft hängt von einer Reihe von Faktoren ab: von ihrer Produktionsstruktur und somit von ihrem Güterangebot, ihrer räumlichen Lage zu bedeutenden Absatzmärkten und auch von ihrer Größe. So sind Unternehmen in großen Ländern wegen ihres aufnahmefähigen Binnenmarktes weniger auf das Auslandsgeschäft angewiesen als Anbieter in kleinen Ländern. Entsprechend zeigt sich innerhalb der EU empirisch ein negativer Zusammenhang zwischen der Größe eines Staates (gemessen an der Zahl der Einwohner) und des Wertes der Exporte von Waren und Dienstleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 4). Aus dem Rahmen fallen vor allem zwei Länder – einerseits Deutschland, das gemessen an seiner Größe sehr viel exportiert, und andererseits Griechenland, das relativ

wenig an Ausfuhren vorweist. Griechenland hat auch die geringste Exportquote aller EU-Staaten.

Detaillierte Informationen über die Außenhandelsposition Griechenlands gibt es für den Warenverkehr. Bei allen ausgewiesenen Warengruppen fielen die Importe höher aus als die Exporte (Tabelle 1). Nicht erstaunlich ist es, dass das rohstoffarme Griechenland ein Außenhandelsdefizit bei mineralischen Brennstoffen (also Öl, Gas, Kohle) vorweist. Sehr schwach ist allerdings auch die Position bei Maschinen und Fahrzeugen – die Importe waren 2010 sechsmal höher als die Ausfuhren, in den Jahren zuvor war das Missverhältnis noch größer. Erheblich, aber nicht ganz so groß, waren die Diskrepanzen bei chemischen Erzeugnissen – vor allem deshalb, weil hier recht wenig importiert wurde. Etwas besser sieht es bei den nicht näher bezeichneten sonstigen bearbeiteten Waren aus sowie bei den Grundstoffen, die aber nur einen sehr kleinen Teil des Außenhandels ausmachen. Relativ stark ist Griechenland bei der Ausfuhr von Nahrungsmitteln, aber selbst hier weist das Land ein Defizit auf – selbst im Handel mit den Ländern der EU und mit Deutschland.<sup>17</sup> Das ist bemerkenswert, da in Griechenland die Landwirtschaft ein relativ großes Gewicht hat (Tabelle 2).

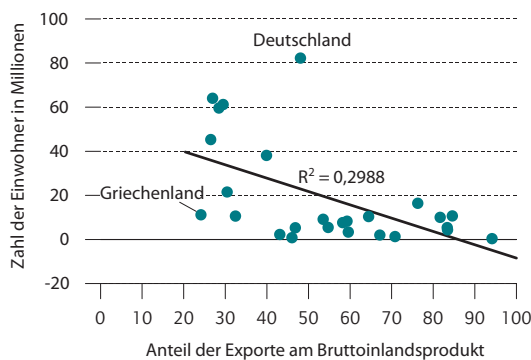
<sup>15</sup> Hoffmann, L. (1970): Importsubstitution und wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern. Tübingen; Boris, D. (2001): Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Hamburg.

<sup>16</sup> Bhagwati, J. (2004): In Defense of Globalization. Oxford.

Zur Exportbasis einer Volkswirtschaft oder Region gehören solche wirtschaftlichen Aktivitäten, mit denen überregional handelbare Güter produziert werden und deren Verkauf dafür sorgt, dass Einkommen aus anderen Gebieten zufließt. Zu solchen Tätigkeiten zählen im Allgemeinen insbesondere die Förderung bestimmter Rohstoffe, eine Reihe von Branchen der Industrie einschließlich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, manche unternehmensnahen Dienstleistungen sowie der Tourismus. Die verfügbaren Statistiken differenzieren nicht danach, ob es sich um Produktionen von handelbaren oder überregional nicht handelbaren Gütern handelt. Es lassen sich aus dem Datenmaterial gleichwohl Hinweise auf die Produktionsstruktur ableiten.

Abbildung 4

**Exportquote und Einwohnerzahl in den EU-Staaten<sup>1</sup> 2010**



<sup>1</sup> Ohne Luxemburg.  
Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Je größer ein Land ist, desto geringer ist der Export gemessen an der Wirtschaftsleistung – Griechenland schert nach unten aus.

**Schwache und stark auf den Binnenmarkt orientierte industrielle Basis**

Die Industrie spielt in Griechenland nur eine kleine Rolle. Auf das gesamte verarbeitende Gewerbe entfiel im Jahr 2010 lediglich ein Zehntel der Wertschöpfung. Nur im kleinen Inselstaat Zypern ist es noch weniger. Auf

<sup>17</sup> Laut Eurostat verzeichnete Griechenland im Handel mit anderen EU-Staaten im Jahr 2010 einen Export von 2,6 Milliarden Euro und einen Import von 4,6 Milliarden Euro bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Laut Statistischem Bundesamt ergab sich im selben Jahr auch einen Handelsdefizit mit Deutschland in Höhe von 200 Millionen Euro. Die deutschen Ausfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Griechenland waren um etwa ein Drittel höher als die Importe.



Tabelle 1

**Außenhandel Griechenlands nach Warengruppen**

In Millionen Euro

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Ausfuhren</b>											
Nahrungsmittel, Tabak	2 487	2 856	2 321	2 290	2 247	2 602	2 836	3 045	3 452	3 451	3 591
Grundstoffe	1 015	1 019	791	983	848	1 022	1 420	1 129	1 145	1 012	1 236
Mineral. Brennstoffe, Schmiermittel	1 751	1 281	924	753	865	1 322	2 171	2 105	2 056	1 363	1 809
Chemische Erzeugnisse	1 030	1 145	1 075	1 469	1 637	2 029	2 177	2 365	2 340	2 107	2 364
Sonst. bearbeitete Waren	4 847	4 833	4 308	4 566	4 737	4 784	5 380	5 678	5 988	4 451	4 877
Maschinenbauerzeugn., Fahrzeuge	1 592	1 536	1 440	1 542	1 666	1 768	2 092	2 291	2 474	2 016	1 938
nicht zugeord. Waren	1	179	154	229	306	360	450	591	481	275	465
<b>Insgesamt</b>	<b>12 723</b>	<b>12 848</b>	<b>11 013</b>	<b>11 830</b>	<b>12 306</b>	<b>13 888</b>	<b>16 525</b>	<b>17 204</b>	<b>17 937</b>	<b>14 675</b>	<b>16 280</b>
<b>Einfuhren</b>											
Nahrungsmittel, Tabak	3 880	4 096	4 066	4 273	4 541	4 662	5 134	5 749	6 151	5 726	5 534
Grundstoffe	893	1 025	1 054	1 073	1 194	1 234	1 395	1 817	2 002	1 240	1 420
Mineral. Brennstoffe, Schmiermittel	4 398	5 076	4 522	5 437	5 383	7 888	9 713	9 915	13 475	8 382	11 543
Chemische Erzeugnisse	4 215	4 550	3 655	5 018	5 721	6 356	6 924	7 744	8 414	7 741	7 286
Sonst. bearbeitete Waren	9 783	10 030	8 955	9 820	10 914	11 049	12 963	15 089	16 097	11 823	10 700
Maschinenbauerzeugn., Fahrzeuge	12 992	12 017	11 072	13 984	14 618	12 502	14 375	16 548	16 693	14 838	11 538
nicht zugeord. Waren	89	74	63	45	42	66	164	441	114	40	34
<b>Insgesamt</b>	<b>36 249</b>	<b>36 868</b>	<b>33 387</b>	<b>39 650</b>	<b>42 415</b>	<b>43 755</b>	<b>50 668</b>	<b>57 302</b>	<b>62 945</b>	<b>49 791</b>	<b>48 055</b>
<b>Saldo</b>											
Nahrungsmittel, Tabak	-1 393	-1 240	-1 745	-1 983	-2 294	-2 060	-2 298	-2 704	-2 699	-2 275	-1 943
Grundstoffe	122	-6	-263	-90	-346	-212	25	-688	-857	-228	-184
Mineral. Brennstoffe, Schmiermittel	-2 647	-3 795	-3 598	-4 684	-4 518	-6 566	-7 542	-7 810	-11 419	-7 019	-9 734
Chemische Erzeugnisse	-3 185	-3 405	-2 580	-3 549	-4 084	-4 327	-4 747	-5 379	-6 074	-5 634	-4 922
Sonst. bearbeitete Waren	-4 936	-5 197	-4 647	-5 254	-6 177	-6 265	-7 583	-9 411	-10 109	-7 372	-5 823
Maschinenbauerzeugn., Fahrzeuge	-11 400	-10 481	-9 632	-12 442	-12 952	-10 734	-12 283	-14 257	-14 219	-12 822	-9 600
nicht zugeord. Waren	-88	105	91	184	264	294	286	150	367	235	431
<b>Insgesamt</b>	<b>-23 526</b>	<b>-24 020</b>	<b>-22 374</b>	<b>-27 820</b>	<b>-30 109</b>	<b>-29 867</b>	<b>-34 143</b>	<b>-40 098</b>	<b>-45 008</b>	<b>-35 116</b>	<b>-31 775</b>

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

denselben Anteil wie Griechenland kommen mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich nur noch Länder, die eine starke De-Industrialisierung erlebt haben.<sup>18</sup> Die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes ist in Griechenland insgesamt nur etwas höher als in den Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt zusammengenommen. Je Einwohner gerechnet war 2010 die industrielle Wertschöpfung mit 1 800 Euro geringer als in Mecklenburg-Vorpommern (2 000 Euro).<sup>19</sup>

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist die Produktion relativ stark konzentriert. Allein auf die Herstellung von Nahrungsmitteln entfällt ein Drittel der gesamten Wertschöpfung (Tabelle 3). Bedeutend sind ebenfalls

die Verarbeitung von Holz, die Papierherstellung und die Druckereien sowie die Produktion von Waren aus Kunststoff, Glas und Keramik. Bei all dem handelt es sich eher um einfache Güter, die üblicherweise vor allem regional gehandelt werden. Von erheblicher Relevanz ist die Mineralölverarbeitung, von deren Produktion ein nicht geringer Teil exportiert wird.<sup>20</sup> Eine nur sehr geringe Bedeutung hat dagegen die Produktion von Investitionsgütern.

Ein Blick auf die umsatzstärksten Waren zeigt noch deutlicher, dass das verarbeitende Gewerbe Griechenlands stark auf den Binnenmarkt ausgerichtet ist. Eine große Bedeutung haben Erfrischungsgetränke, Zigaretten, Käseerzeugnisse, Milch und Milchprodukte, Wurstwaren, Obstprodukte, Backwaren, Druckerzeugnisse

<sup>18</sup> Zur De-Industrialisierung in Frankreich vgl. Chatillon, M.A. (Berichterstat- ter) (2011): Rapport D'information fait au nom de la mission commune d'information (1) sur la désindustrialisation des territoires, Sénat, Session ordinaire de 2010-2011, Nr. 408.

<sup>19</sup> Quellen der Daten für Griechenland: Eurostat, für die Bundesländer: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

<sup>20</sup> Nach dem Geschäftsbericht der marktbestimmenden Hellenic Petroleum von 2009 gingen von der gesamten produzierten Menge von 14,9 Millionen Tonnen 3,8 Millionen in den Transitmarkt und 2,3 Millionen in den Export.

Tabelle 2

**Anteil ausgewählter Wirtschaftszweige an der gesamten Bruttowertschöpfung in Ländern der EU**

In Prozent

	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Verarbeitendes Gewerbe/ Herstellung von Waren	Gastgewerbe	Programmierungstätigkeiten, Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	Forschung und Entwicklung
	2010			2009		
EU	1,7	14,9	3,1	1,8	1,4	0,5
Belgien	0,7		1,7	1,7	1,2	0,3
Tschechien	1,7	23,3	1,9	2,1	1,7	0,3
Dänemark	1,3	11,5	1,4	2,1	1,8	0,6
Deutschland	0,8	20,9	1,6	1,7	1,4	0,4
Estland	3,3	16,4	1,1	1,9	1,3	0,6
Irland	1,7	25,8	2,1	1,4		0,1
<b>Griechenland</b>	<b>3,1</b>	<b>10,0</b>	<b>6,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,3</b>
Spanien	2,6	12,9	7,2	1,2	1,3	0,1
Frankreich	1,7	10,0	2,6	2,2	1,6	1,0
Italien	1,9	16,0	4,1	1,6	0,9	0,6
Zypern	2,4	6,4				
Lettland	4,5	13,4	1,5	1,4	1,3	0,2
Litauen	3,3	18,8	1,4	0,8	1,0	0,3
Ungarn	3,8	22,3	1,5	1,8	1,2	0,4
Malta	1,8	13,5				
Niederlande	1,8	12,3	1,7	2,2	1,5	0,4
Österreich	1,5	17,5	4,9	1,4	1,3	0,2
Polen	3,8	16,8	1,2			
Portugal	2,2	12,7	5,0 <sup>1</sup>	1,0	0,9	0,4
Rumänien	6,7	22,0	1,9 <sup>1</sup>	1,0	1,0	0,3
Slowenien	2,5	19,4	2,2	1,5	2,1	0,6
Slowakei	3,1	23,6	1,1	1,8	1,2	0,3
Finnland	3,0	18,0	1,7	2,2	1,7	0,6
Schweden	1,8	15,8	1,5 <sup>1</sup>	2,7		
Großbritannien	0,6	10,0				

<sup>1</sup> Angaben für 2009.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

(dabei vor allem Zeitungen und Zeitschriften), Zement, Betonprodukte und andere baunahe Erzeugnisse (etwa aus Holz, Kunststoff und Metall) sowie Verpackungen (aus Papier oder aus Kunststoff). Dem Absatzgebiet nicht eindeutig zuzuordnen sind diverse Aluminiumerzeugnisse (einschließlich Getränkedosen), deren Produktion sich in Griechenland wegen der Fundstätten von Bauxit anbietet. Es gibt noch Reste von Schiffsbau (insbesondere von Schiffsreparaturen) – eine Branche, die überall in Europa das Nachsehen gegenüber der Konkurrenz aus Asien hat. Zudem findet sich in Griechenland eine Reihe von Pharmaproduzenten, groß ist deren Umsatzvolumen insgesamt aber nicht.<sup>21</sup>

Vergleicht man die Branchen- und Produktionsstruktur mit denen der Importe, so haben die Einfuhren größtenteils komplementären Charakter – die importierten Güter stehen nur wenig in Konkurrenz zu den in Griechenland erzeugten.

Besonders auffällig ist die kleinteilige Betriebsstruktur. Fast die Hälfte aller Erwerbstätigen des verarbeitenden Gewerbes arbeitet in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten (Tabelle 5).<sup>22</sup> In allen anderen Ländern der EU ist die Bedeutung der Kleinstbetriebe viel geringer. Größere Betriebe finden sich dagegen in Griechenland kaum, dort stellen die Betriebe mit 250 und mehr

<sup>21</sup> Im Jahr 2009 belief sich der Umsatz der gesamten Pharmaproduktion in Griechenland nach Eurostat auf knapp 900 Millionen Euro; zum Vergleich: In Sachsen-Anhalt waren es im selben Jahr 1,2 Milliarden Euro (Statistisches Amt Sachsen-Anhalt).

<sup>22</sup> Die aktuell vorliegenden Daten reichen nur bis zum Jahr 2007, sie dürften aber für die Untersuchung hier hinreichend sein, da sich eine Größenstruktur in der Regel nur langsam ändert.



Tabelle 3

**Struktur der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe 2010**

In Prozent

Herstellung beziehungsweise Erzeugung von ...	Griechenland	EU
Nahrungsmitteln; Getränken, Tabak	33,3	13,7
Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren	4,7	4,1
Holz und Papier, Druckerzeugnissen	10,3	7,3
Mineralöl	10,5	1,2
Chemischen Erzeugnissen (ohne Mineralöl etc.)	4,3	6,9
Pharmazeutischen Erzeugnissen	5,6	4,6
Gummi- und Kunststoffwaren, Glas, Keramik, Steinen und Erden	8,0	9,0
Metall, Metallerzeugnissen	12,5	14,2
Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen, optischen Erzeugnissen	0,6	4,4
Elektrischen Ausrüstungen	2,5	5,4
Maschinen	2,0	10,9
Kraftwagen und -teilen; sonstigen Fahrzeugen	1,9	9,4
Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Spielwaren; Reparaturen	3,8	9,0
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Ein Drittel der griechischen Wertschöpfung kommt aus der Lebensmittelproduktion.

Tabelle 4

**In Griechenland hergestellte Industriegüter<sup>1</sup> mit dem höchsten Umsatz 2009**

In Millionen Euro

Rang	Prodcom-Code	Warengruppe	Umsatz
1	110	Getränke	1 436,6
2	105	Milch und Milcherzeugnisse	1 428,8
3	244	Aluminium- und Kupfererzeugnisse	1 034,7
4	235	Zement, Kalk, gebrannter Gips	949,7
5	212	Medikamente	886,2
6	103	Produkte der Obst- und Gemüseverarbeitung	868,5
7	222	Kunststoffprodukte	763,2
8	108	Zucker, Süßwaren, Kakao, Kaffee, Fertiggerichte	712,0
9	107	Backwaren, Teigwaren	700,4
10	241	Eisen, Eisenerzeugnisse	688,7
11	181	Druckerzeugnisse	646,6
12	251	Metallkonstruktionen, Ausbauelemente aus Metall	638,4
13	236	Bauerzeugnisse aus Beton, Kalksandstein, Gips	609,4
14	101	Produkte der Fleischverarbeitung	608,5
15	120	Zigaretten, Tabak	480,4
16	106	Mehl, andere Mahl- und Schälerzeugnisse, Stärke	453,8
17	172	Produkte der Papier- und Pappeverarbeitung	426,0
18	204	Seife, Reinigungsmittel, Körperpflegemittel	351,1
19	331	Reparaturen (von Schiffen, Booten, Geräten)	349,8
20	104	Nahrungsfette und -öle, Margarine	341,1

<sup>1</sup> Ohne solche Güter, deren Umsätze wegen kleiner Fallzahl (weniger als drei) der sie produzierenden Betriebe der Geheimhaltung unterliegen.

Quellen: Statistisches Amt Griechenlands; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Mit Getränken und Milchprodukten wird mit Abstand der meiste Umsatz erzielt.

Beschäftigten lediglich ein Fünftel aller Arbeitsplätze. Das verweist ebenfalls darauf, dass die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Griechenland stark auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind, denn generell haben Kleinbetriebe eher einen räumlich beschränkten Absatzradius und oft auch nicht die Fähigkeiten, um im Auslandsgeschäft tätig zu sein.

**Starke Bedeutung des Tourismus**

Die amtlichen Daten geben keine direkten Auskünfte über die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismusgewerbes. Das hängt damit zusammen, dass eine Reihe von Wirtschaftszweigen in den Fremdenverkehr eingebunden ist, aber nicht ermittelt wird, welcher Teil der Leistungen auf den Tourismus entfällt. Zu den Branchen, die touristische Leistungen erbringen, gehören etwa Teile des Verkehrsgewerbes oder der Gesundheitswirtschaft. Auch der Einzelhandel zieht davon Nutzen. Am einfachsten ist es noch, die statistischen Informationen über das Gastgewerbe als Indikator für den Tourismus zu verwenden, wenngleich so nur ein Teil der darauf entfallenden Leistung erfasst wird und ein Teil der Leistungen dieses Wirtschaftszweiges der Binnenachfrage zuzurechnen ist.

Das Gastgewerbe trug 2010 in Griechenland knapp sieben Prozent zur gesamten Wertschöpfung bei; das ist mehr als doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt. Von denjenigen Staaten, von denen Informationen vorliegen, ist besagter Anteil nur in Spanien höher. Rund drei Viertel der Leistung des Gastgewerbes entfallen wohl auf den Auslandstourismus, nimmt man den Anteil der Übernachtungen auswärtiger Gäste an allen Übernachtungen in Beherbergungsstätten zum Maßstab. Das Gastgewerbe ist aber nur ein Teil der Tourismusindustrie; in Deutschland erbringt es etwa 40 Prozent der Fremdenverkehrsleistungen für Gäste aus dem Ausland.<sup>23</sup> Überträgt man diesen Anteil auf Griechenland, dann macht dort der Auslandstourismus ein Zehntel bis ein Achtel der Wertschöpfung aus. Er ist für die gesamte griechische Wirtschaft somit etwas bedeutender als das verarbeitende Gewerbe – aber viel bedeutender mit Blick auf die Exportbasis, da die Produktion des verarbeitenden Gewerbes zum allergrößten Teil auf den Inlandsabsatz ausgerichtet ist.

Der Auslandstourismus ist in erheblichem Maße konjunkturabhängig. So hat die Finanzkrise – gemessen an der Zahl der Übernachtungen – in wichtigen Tourismisländern Europas das Geschäft beeinträchtigt (Ta-

<sup>23</sup> Pavel, F. (2012): Wirtschaftsfaktor Tourismus. Ein modulares Tourismus-Satellitenkonto (TSA) zur Berechnung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Tourismuswirtschaft in Deutschland. Berlin.

belle 6), im konjunkturellen Aufschwung davor gab es dagegen meist kräftige Zuwächse. Inzwischen hat der Auslandstourismus wieder angezogen – auch in Griechenland. Zudem gibt es konjunkturunabhängige Entwicklungen, die von den Präferenzen der Gäste bestimmt werden: Manche Zielgebiete wie Spanien haben in der vergangenen Dekade an Attraktivität für Besucher aus dem Ausland verloren, andere haben zusätzlich Gäste anziehen können – wie Italien. Hinsichtlich Griechenlands ist ebenfalls ein Aufwärtstrend zu beobachten, stark ausgeprägt ist er aber nicht.

Der Tourismus wächst dem Trend nach weltweit, in Europa aber unterdurchschnittlich.<sup>24</sup> Beim Tourismus im Mittelmeerraum müssen Länder der Eurozone wie Griechenland mit Staaten außerhalb (Kroatien, Nordafrika,) und innerhalb der EU (Bulgarien) konkurrieren, die ihre Leistungen günstiger anbieten können, und die es über eine kräftige Ausweitung der Kapazitäten geschafft haben, Marktanteile zu gewinnen – wie die Türkei.<sup>25</sup>

Der Auslandstourismus in Griechenland ist außerordentlich stark von der Saison beeinflusst – was eine geringe Kapazitätsauslastung und relativ hohe Kosten nach sich zieht. So waren in den Sommermonaten Juli bis September die Zahlen der Übernachtungen von ausländischen Gästen mehr als 30mal so hoch wie in den Monaten Dezember bis Februar.<sup>26</sup> In anderen Feriengebieten etwa Nordeuropas und wahrscheinlich auch in Übersee gibt es nicht so starke saisonale Schwankungen. In Italien beträgt das entsprechende Verhältnis 4 zu 1, in Spanien und Portugal sind es jeweils 3 zu 1.

Die Arbeitskosten spielen im Gastgewerbe Griechenlands eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Im Jahr 2010 belief sich der Anteil der Arbeitsentgelte an der Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes auf ein Sechstel, in Spanien war es ein Drittel und in Italien fast die Hälfte. Das hängt nur zum Teil mit der Höhe der Löhne zusammen. In Italien betragen laut Eurostat die Arbeitskosten im Gastgewerbe 2008, dem Jahr, für das die zeitnahesten Informationen vorliegen, 15,76 Euro je Stunde, in Spanien 12,83 Euro und in Griechenland 11,39 Euro – beispielsweise in Portugal aber nur 8,49 Euro, in der Türkei 4,00 Euro und in Bulgarien gar nur 1,55 Euro. Der geringe Anteil der Arbeitskosten in Griechenland rührt vor allem aber daher, dass relativ viele Selbständige im Gastgewerbe tätig sind. Hier betrug 2010 ihr Anteil an allen im Gastgewerbe Beschäftigten die Hälfte

<sup>24</sup> Vgl. UNWTO (2012): Tourism Barometer. Statistical Annex. Nr. 10, Januar 2012.

<sup>25</sup> Republic of Turkey Prime Minister, Investment Support and Promotion Agency of Turkey (2010): Turkish Tourism Industry Report.

<sup>26</sup> Berechnet anhand der Daten von Eurostat. In Österreich beispielsweise beträgt das Verhältnis 1 zu 1.

Tabelle 5

### Verteilung der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe auf Betriebsgrößenklassen 2007

Anteile in Prozent

	Betriebe mit ... Beschäftigten				
	1 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 249	250 und mehr
Griechenland	46	4	9	20	21
Zypern	32	14	17	23	13
Italien	25	15	16	21	22
Portugal	21	12	19	29	18
Spanien	18	11	20	24	27
Polen	18	4	9	28	42
Niederlande	16	9	15	28	32
Ungarn	14	7	11	25	43
Slowenien	13	5	9	27	46
Tschechien	13	6	10	27	44
Frankreich	12	7	12	22	47
Belgien	12	6	13	24	45
Großbritannien	11	7	12	26	43
Schweden	11	6	10	23	50
Österreich	10	7	11	26	46
Lettland	10	9	17	38	27
Estland	10	8	17	38	27
Bulgarien	10	7	15	35	33
Litauen	10	8	15	35	33
Finnland	9	6	10	24	51
Rumänien	8	6	12	29	46
Dänemark	8	6	12	28	46
Deutschland	7	8	7	25	53
Irland	6	6	13	30	45
Luxemburg	5	5	8	23	60
Slowakei	5	5	8	26	56

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

In Griechenland ist das verarbeitende Gewerbe stark durch Kleinstbetriebe geprägt.

te – in der gesamten EU war es ein Sechstel, in Italien ein Drittel und in Spanien ein Viertel. Die Preise hängen also auch stark von den Selbständigeneinkommen und den Kosten für die Gebäude ab.

### Nur wenig an hochwertigen unternehmensnahen Dienstleistungen

Ein weiterer Teil der Exportbasis sind manche unternehmensnahen Dienste – hierzu zählen Beratungs- und Ingenieurleistungen, die über die Landesgrenzen verkauft werden, die Erstellung von Software oder die kommerzielle Forschung und Entwicklung. Es geht um im Wesentlichen um hochwertige Güter. In Griechenland trugen 2010 die Ingenieurbüros 0,6 Prozent und die Forschungs- und Entwicklungsunternehmen 0,3 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei – was im internationalen Vergleich sehr wenig ist. Die verfügbaren Statis-

Tabelle 6

**Übernachtungen von Nichtinländern in Beherbergungsbetrieben**

	Griechenland	Spanien	Italien	Portugal	Frankreich	Österreich	Deutschland
	Millionen						
2000	47,0	233,9	140,4	25,8	108,8	64,5	42,4
2001	42,5	231,4	146,7	25,2	110,3	65,5	40,6
2002	41,0	220,7	145,6	25,1	113,2	67,3	40,4
2003	40,4	217,9	139,7	24,9	103,7	68,2	41,6
2004	38,8	209,1	141,2	24,6	104,2	68,3	45,4
2005	40,7	209,5	148,3	25,4	108,0	69,7	48,2
2006	43,1	224,5	156,9	26,8	105,9	70,0	52,9
2007	48,1	225,5	163,5	28,7	108,6	71,5	54,5
2008	48,0	223,8	161,8	28,1	107,0	74,7	56,2
2009	46,7	200,6	159,5	25,0	98,7	72,2	54,1
2010	49,0	213,3	165,2	25,4	120,4	66,8	59,7
	2000 = 100						
2001	90	99	104	98	101	102	96
2002	87	94	104	97	104	104	95
2003	86	93	99	96	95	106	98
2004	83	89	101	95	96	106	107
2005	87	90	106	98	99	108	114
2006	92	96	112	104	97	109	125
2007	102	96	116	111	100	111	128
2008	102	96	115	109	98	116	133
2009	99	86	114	97	91	112	128
2010	104	91	118	98	111	104	141

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Der Tourismus in Griechenland hat sich 2010 wieder etwas belebt.

tiken geben für Griechenland keine Auskünfte über den Absatz dieser Branchen in regionaler Hinsicht. In Deutschland kommen die Ingenieurbüros auf einen Exportanteil (Umsatz mit Auftraggebern mit Sitz im Ausland im Jahr 2009) von einem Sechstel, die kommerziellen Forschungs- und Entwicklungsunternehmen auf einen Exportanteil von einem Fünftel.<sup>27</sup> Selbst wenn dieselben Exportquoten wie in Deutschland erzielt würden, wäre in Griechenland die Bedeutung dieser Wirtschaftszweige für den Außenhandel nur sehr klein. Da aber etwa Ingenieurleistungen nicht selten mit Warenlieferungen der Industrie (etwa im Anlagenbau) verbunden sind, ist von einer kleinen Exportquote in Griechenland auszugehen. Auch Forschungsleistungen sind häufig an die Nachfrage nach Industriegütern gekoppelt. In ebenfalls nur geringem Maße finden sich in Griechenland Softwareproduktionen und andere Dienste der Informationstechnik.

### Sehr kleinteilige Betriebsstruktur

Im internationalen Wettbewerb spielen Economies of Scale eine erhebliche Rolle, da im Allgemeinen mit der Größe der Produktion sinkende Grenzkosten einhergehen. Volkswirtschaften, in denen kleine Betriebe ein großes Gewicht haben, sind daher grundsätzlich im Nachteil – sofern in der Folge einer Gründungswelle der Wachstumsprozess angestoßen wird – was aber in Griechenland nicht der Fall ist. Hier ist die Betriebsstruktur Ausdruck einer allmählichen Entwicklung.

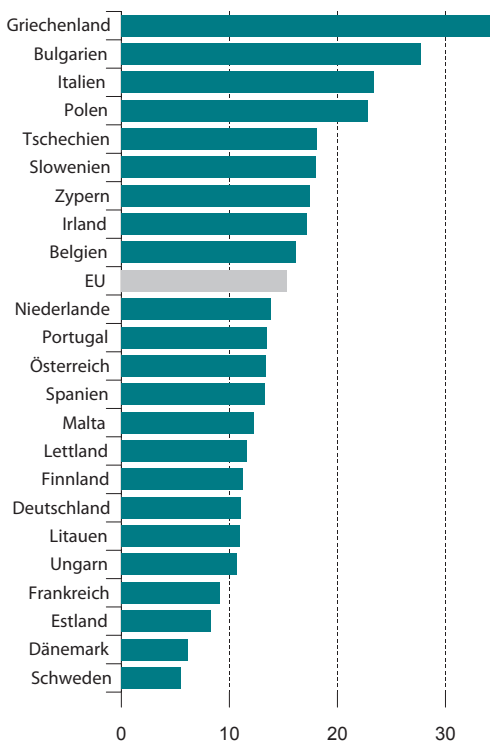
Wie schon gezeigt, haben Kleinbetriebe im griechischen verarbeitenden Gewerbe eine außerordentlich große Bedeutung. Wie sich am Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen ersehen lässt, zieht sich dieses Phänomen durch weite Teile der Volkswirtschaft in Griechenland. So betrug 2010 besagter Anteil der Selbständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) an allen Erwerbstätigen 30 Prozent (Abbildung 5),<sup>28</sup> die öffentliche Verwaltung

<sup>27</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Dienstleistungen. Strukturerhebungen im Dienstleistungsbereich. Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen 2009, Fachserie 9, Reihe 4.4.

<sup>28</sup> Der Anteil hat in der letzten Dekade abgenommen, im Jahr 2000 waren es zwei Prozentpunkte mehr.

Abbildung 5

**Selbständigenquote<sup>1</sup> aller Erwerbstätigen 2010**  
Anteile in Prozent



<sup>1</sup> Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.  
Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Griechenland hat einen weit überdurchschnittlichen Anteil Selbständiger an allen Erwerbstätigen.

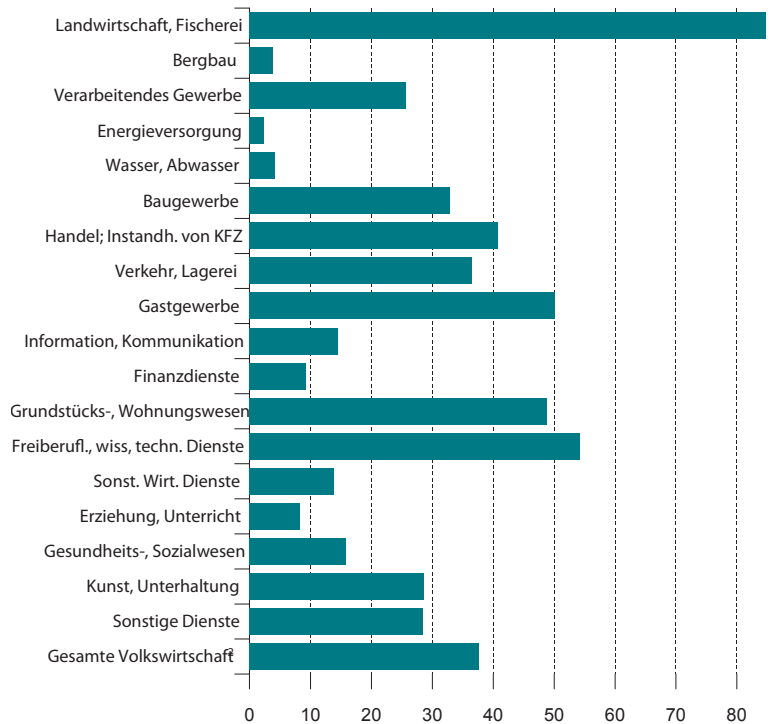
ausgeklammert waren es sogar fast 40 Prozent (Abbildung 6). Eine solche Relation findet sich ansonsten nirgendwo in der EU, in allen Mitgliedsländern ist die Selbständigenquote viel geringer. Und es lässt sich zeigen, dass ein hoher Selbständigenanteil generell ein Indiz für wirtschaftliche Rückständigkeit ist. So gibt es eine, wenngleich nicht starke negative Korrelation zwischen der Höhe des Selbständigenanteils und der Wirtschaftsleistung je Einwohner unter den Ländern der EU.<sup>29</sup>

Besonders hoch sind die Selbständigenquoten in der Landwirtschaft und der Fischerei, im Gastgewerbe, bei

<sup>29</sup> Brenke, K. (2012): Solo-Selbständige in Deutschland – Strukturen und Erwerbsverläufe. Untersuchung für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (in Vorbereitung).

Abbildung 6

**Selbständigenquote<sup>1</sup> aller Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Griechenland 2010**  
Anteile in Prozent



<sup>1</sup> Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.  
<sup>2</sup> Ohne öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verteidigung.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Selbständige sind besonders häufig in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe zu finden.

den freiberuflichen sowie wissenschaftlichen und technischen Diensten, im Handel und im Verkehrsgewerbe. Im Baugewerbe ist die Quote geringer, aber hier kommt immerhin schon auf zwei Arbeitnehmer ein Selbständiger. Selbst im verarbeitenden Gewerbe beträgt die Relation noch drei zu eins. Wie nicht anders zu erwarten gibt es bei der Energie- und Wasserversorgung kaum Selbständige.

**Fazit**

Griechenland lebt seit Jahren über seine wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Güterverbrauch überstieg die wirtschaftliche Leistung bei Weitem. Zu dieser Entwicklung kam es nicht erst mit dem Beitritt zur Eurozone, vielmehr bildeten sich schon seit mindestens Mitte der 90er Jahre große Außenhandelsdefizite – so die früher veröffentlichten amtlichen Daten des griechischen

Statistischen Amtes.<sup>30</sup> Der Beitritt zum Euro hat die exzessive Güterverwendung lediglich beschleunigt, denn die für Griechenland viel zu lockere Geldpolitik und die großzügige Kreditvergabe der Banken haben Anreize für eine kräftige Ausweitung des privaten und staatlichen Konsums gesetzt. Offenkundig war der Staat der Kanal, über den das Geld aus dem Ausland zueinfließte, das dann weiterverteilt wurde. Als dann Ende 2009 offenkundig wurde, dass die Schulden der öffentlichen Hand viel höher waren als zwischenzeitlich angegeben, verloren die Akteure auf den Kapitalmärkten das Vertrauen in den griechischen Staat. Das war aber nur der Anlass. Irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft wäre das Fass ohnehin übergelaufen. Die Staaten der Eurozone sowie internationale Institutionen sind inzwischen auf dem Weg, faktisch die alleinigen Gläubiger Griechenlands zu werden – abgesehen von den Krediten privater Geldgeber, die nach dem Schuldenschnitt sehr langfristig gebunden sind. Auf dem Kapitalmarkt kann sich das Land derzeit und auch wohl auch auf mittlere Sicht nicht refinanzieren.

Das wirft die Frage auf, warum Griechenland überhaupt so lange Kredit gewährt wurde. Zum einen wird eine Rolle gespielt haben, dass mit dem Beitritt zur Eurozone für die Kreditgeber das Risiko der Abwertung der Landeswährung und damit auch der Staatsschulden entfiel. Zum anderen glaubte man, wie schon so oft in der Geschichte, nicht daran, dass es zu einem Staatsbankrott kommen könnte – insbesondere nicht in Europa.

Auch in der aktuellen Krise verschuldet Griechenland sich weiter im Ausland, denn es wird immer noch mehr an Gütern für den Konsum und für Investitionen verwendet, als Güter produziert werden, obwohl der Verbrauch schon stark eingeschränkt wurde. Würde man ihn zusätzlich herunterschrauben, würde die Produktion, die im Falle Griechenlands besonders stark auf die Binnennachfrage ausgerichtet ist, ebenfalls beeinträchtigt und die Volkswirtschaft noch mehr in den Abwärtsstrudel gezogen. Deshalb sollten Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatskassen allerdings nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dazu gehören der Aufbau einer effektiveren Verwaltung und einer wirksamen Besteuerung sowie die Privatisierung von Staatseigentum – bei Infrastruktureinrichtungen, soweit es ordnungspolitisch vertretbar ist. Hinzu könnten weitere Steueranhebungen kommen – und zwar solche, die vor allem hohe Einkommen und Vermögen ins Visier nehmen, und deshalb für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vergleichsweise wenig schäd-

lich sind. Solche Maßnahmen können die Probleme aber nur lindern.

Vor allem kommt es darauf an, die wirtschaftliche Basis zu stärken. Denn Griechenland müsste angesichts der hohen Außenverschuldung nicht nur in die Lage versetzt werden, einen ausgeglichenen Saldo im Außenhandel zu erreichen, sondern mittelfristig sogar Überschüsse, um seine noch verbleibenden Kredite abzutragen. Ökonomen, die behaupten, zu stark gestiegene Löhne in Griechenland, vor allem aber die übermäßige Lohnzurückhaltung in Deutschland, hätten die Wettbewerbsposition der griechischer Produzenten untergraben, erfassen die eigentlichen Probleme nicht. Nicht ganze Volkswirtschaften stehen in Konkurrenz zu anderen, sondern immer nur Teile davon – und Griechenland hat nur wenig an Exportbasis.

Ein wichtiger Teil der Exportbasis Griechenlands ist der Tourismus, und er hat sich, verglichen mit anderen südeuropäischen Ländern, nicht schlecht entwickelt.<sup>31</sup> Die Löhne spielen in dieser Branche gerade in Griechenland keine herausragende Rolle. Ein Problem ist eher – etwa in Relation zur Türkei – das allgemeine Preisniveau, was wiederum auch vom Wechselkurs abhängt. Da eine massive Lohnsenkung kaum möglich ist, kann man das Preisniveau allenfalls durch eine Abwertung der Währung drücken. Dem Tourismus in Griechenland könnten weitere Maßnahmen zur Saisonverlängerung (Ausbau des Gesundheitstourismus) helfen, diese erfordern aber hohe Investitionen. Die wesentliche Stütze der Exportbasis kann der Tourismus aber wohl kaum sein; bei einigen wenigen Regionen innerhalb des Landes mag es anders sein. Überdies hat Griechenland wenig an attraktiven Zielen für den Städtetourismus vorzuweisen.

Ausgesprochen schwach ist die industrielle Basis, und die Produktion des verarbeitenden Gewerbes ist vor allem auf den inländischen Absatzmarkt orientiert. Eine kleine Industrie ist freilich immer besonders stark auf den Nahabsatz ausgerichtet, weil überall auf der Welt in einem bestimmten Maß in räumlicher Nähe produzierte Güter (verderbliche Lebensmittel, Tageszeitungen oder transportkostenintensive Waren wie Bontenteile) nachgefragt werden. Der Warenhandel Griechenlands etwa mit Deutschland zeigt deutlich einen komplementären Charakter. Und weil daher wenig an gegenseitiger Konkurrenz besteht, konnte die schwache Lohnentwicklung in Deutschland auch nicht die Automobilindustrie in Griechenland unter Druck set-

<sup>30</sup> Die am weitesten zurückliegenden Daten waren für das Jahr 1995 aufzufinden; damals belief sich das Leistungsbilanzdefizit auf reichlich sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

<sup>31</sup> Flassbeck, H. Spieker, F. (2009): Die griechische Krise hat deutsche Wurzeln. In: Financial Times Deutschland vom 11.12.2009; Horn, G.A., Lindner, F., Niechoj, T., a. a. O.

zen, denn sie gibt es gar nicht. Und ebenso wenig haben die Verbraucher auf in der Bundesrepublik hergestelltes Olivenöl zurückgegriffen. Lediglich die schwache Entwicklung der Masseneinkommen in Deutschland und die dadurch gedämpfte Konsumnachfrage mag Griechenland getroffen haben. Probleme hat die Lohnentwicklung in Deutschland vor allem solchen Ländern bereitet, die in einer substitutiven Handelsbeziehung mit der Bundesrepublik stehen – also Staaten, die ähnliche Güter produzieren wie solche, die in Deutschland für den Export hergestellt werden.

Griechenland benötigt eine Verbreiterung der industriellen Basis. Wie sich im Falle der neuen Bundesländer gezeigt hat, ist dieses Ziel nur in längerer Frist zu erreichen und der Weg dahin mit enorm hohen Kosten verbunden. Vergleichbare Finanzmittel stehen aber nicht zur Verfügung. Wollte man sie im Rahmen der EU mobilisieren, würden auch andere Länder entsprechende Hilfen verlangen – zumal die einseitige Förderung der griechischen Wirtschaft zu Wettbewerbsnachteilen in anderen Regionen führen würde. Ein Vergleich mit Ostdeutschland ist insofern unzulässig, da es dort um eine Re-Industrialisierung ging, in Griechenland dagegen müsste erst einmal die Industrialisierung vorangetrieben werden. Die neuen Bundesländer – jedenfalls große Teile des Gebietes – verfügten bereits über eine industrielle Tradition und damit über verbreitetes Wissen, ein großes, industriell qualifiziertes Arbeitskräftepotential und industriennahe Infrastruktur, etwa in den Hochschulen. Die griechische Wirtschaft kann wenig Vergleichbares vorweisen. Das verarbeitende Gewerbe wie auch andere Wirtschaftszweige sind in sehr

starkem Maße von Kleinbetrieben geprägt. Die Beschäftigungsstruktur mit einem hohen Anteil an Selbständigen entspricht der eines Schwellenlandes. Die Voraussetzungen für die erforderliche Industrialisierung sind also nicht gerade gut.

Im Durchschnitt der letzten Dekade flossen Griechenland per Saldo im Rahmen der EU Mittel zu, die sich auf reichlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung beliefen. Sie wurden im Rahmen von Programmen gewährt, die – in regionaler wie sozialer Hinsicht – vor allem verteilungspolitisch oder – mit Blick auf einzelne Branchen – eher strukturkonservierend ausgerichtet sind. Wie sich inzwischen aber gezeigt hat, brauchen Griechenland wie einige andere Länder vorrangig aber eine Wachstumspolitik.

Griechenland wird wohl lange Zeit ein Sorgenkind in Europa bleiben. Einerseits lastet auf dem Land eine enorme Schuldenlast, die rasch abgebaut werden müsste, andererseits bedarf es einer Verbreiterung desjenigen Teils der wirtschaftlichen Basis, der die Position in der internationalen Arbeitsteilung stärkt – was aber nur in einem langwierigem Prozess erreicht werden kann. Helfen könnte gewiss eine deutliche Senkung des Kosten- und Preisniveaus in Griechenland im Vergleich zu anderen Staaten. Auf jeden Fall ist ein tragfähiges Wachstumskonzept für Griechenland erforderlich. Das zu entwickeln und umzusetzen kann nur die Aufgabe der nationalen Regierung sein. Die internationale Gemeinschaft wird mehr und mehr der alleinige Gläubiger werden, und Griechenland wird noch längere Zeit am Tropf hängen und laufende Hilfen benötigen.

[Karl Brenke](#) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im DIW Berlin | [kbrenke@web.de](mailto:kbrenke@web.de)

JEL: F14, F15

Keywords: Greece, economic structures and problems





DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
79. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spielf  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Miriam Hautf  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. WolfPeter Schill  
Lana Stille

#### Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig  
Dr. Alexander Schiersch

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.